

„Die Probleme lösen die Kommunen, nicht der Staat“

Nicht nur in Österreich, sondern auch in Deutschland müssen die Kommunen um die Selbstverwaltung und die Finanzen kämpfen. Der Bürgermeister der deutschen Stadt Arnsberg, der zugleich Deutschlands Kommunalvertreter im Ausschuss der Regionen in Europa ist, gab im Kommunalnet-Interview ein Bekenntnis zur Dezentralisierung ab.

Der Jurist und studierte Verwaltungswissenschaftler Hans-Josef Vogel wechselte bereits kurz nach Ende seines Studiums in die Stadtverwaltung. Seine ersten beruflichen Jahre absolvierte er als Referent des Stadtdirektors, zuständig für Schule, Kultur und Sport in Münster. Nach einem kurzen Zwischenspiel als Verwaltungsleiter des Landesfunkhauses Sachsen des neu gegründeten Mitteldeutschen Rundfunks wurde der Vater dreier Kinder zum Stadtdirektor der Stadt Arnsberg gewählt. Sechs Jahre darauf wählten ihn die Bürger/innen auch zum ersten hauptamtlichen Bürgermeister. Inzwischen wurde er bereits zwei weitere Male in seinem Amt bestätigt. Seit 2005 ist er außerdem Mitglied des Ausschusses der Regionen der Europäischen Union und vertritt dort die Interessen der Kommunen. Arnsberg hat 78.700 Einwohner und besteht seit der kommunalen Neugliederung 1975 aus insgesamt 14 Gemeinden.

Kommunalnet: *Wenn man auf Ihren Werdegang blickt, sieht man, dass Sie aus der öffentlichen Verwaltung kommen. Ist es in Deutschland so, dass das Bürgermeisteramt eher von Profis aufgrund der Komplexität der Strukturen angestrebt wird?*

Bgm. Vogel: Ein Bürgermeister ist bei uns auch Verwaltungsleiter. Wir hatten in Nordrhein-Westfalen bis 1999 dieses getrennte Modell, wo der Bürgermeister ehrenamtlicher Repräsentant der Gemeinden war und der Stadtdirektor als Chef der Stadtverwaltung tätig war. Das hat man 1999 zusammengeführt. Das alles hat Vor- und Nachteile. Ich wünsch mir manchmal die Trennung zurück, weil der Repräsentationsaufwand doch sehr viel Zeit in Anspruch nimmt. Auf der anderen Seite sind diese Termine für mich auch wieder echte Lernstunden, wenn ich bei Initiativen, Vereinen, Veranstaltungen oder Jubiläen bin. Denn dann bin ich mitten im Bürgerengagement, das so wichtig ist.

Ist das haftungsrechtlich nicht schwierig, wenn man alle Verantwortung in sich vereint?

Der Bürgermeister haftet persönlich für Schäden, die er durch seine politische Leitungstätigkeit oder Verwaltungstätigkeit der Stadt vorsätzlich oder grob fahrlässig zufügt. Bei einer Delegation von Aufgaben zum Beispiel bei Bauangelegenheiten hat der Bürgermeister Informations- und Überwachungspflichten, für deren Einhaltung er haftet.

Wieviele Mitarbeiter gibt es in der Verwaltung von Arnsberg?

In der Kernverwaltung haben wir rund 680 Stellen mit Kindergärten, JobCenter, Schulverwaltung etc..

Setzen Sie in Ihrer Gemeinde auch Schwerpunkte, um das Verständnis der Bürger gegenüber der EU zu stärken?

Die Städte verbessern jeden Tag die Lebensbedingungen in Europa. Wir auch. Und wir informieren über Europa - zum Beispiel über die Bürgerkonsultationen der EU. Wir machen aber keine Sonderprojekte in dem Sinne, dass wir für Europa Werbung machen. Das ist bei uns auch nicht notwendig. Arnsberg ist eine moderne mittelständische Industriestadt. Wir sind stolz, dass bei uns gefertigt wird. Wir sind Zentrum für Lichttechnik in Deutschland, machen Maschinenbau und vieles mehr. Und wenn Sie dann ihre eigenen Produkte und Dienstleistungen in die ganze Welt und vor allem auf dem europäischen Markt verkaufen, dann leben Sie von Europa und der Europäisierung. Und wenn es zum Beispiel in Spanien nicht läuft, dann hat Arnsberg weniger Gewerbesteuern.

Was beschäftigt die deutschen Städte und Kommunen thematisch besonders?

Uns beschäftigt die finanzielle Sicherung der kommunalen Selbstverwaltung - insbesondere in Nordrhein-Westfalen. Die Kommunen brauchen die notwendige Finanzierung ihrer Aufgaben, zu denen auch die Unterstützung der Potentialentfaltung der Bürgergesellschaft, des Bürgerengagements zählt. Denn die Probleme löst nicht der Staat, die Probleme lösen die Kommunen. Dort, wo sich die Folgen des demografischen Wandels, der Energiewende, der Verschuldenskrisen auswirken, vor Ort in den Familien, in den Betrieben, in den sogenannten kleinen Welten der Bürger, dort müssen sie auch gelöst werden. Und die Kommunen müssen hier unterstützen, helfen, handeln. Die Bürger brauchen starke Städte und Gemeinden.

Immer mehr Städte haben die demografischen Veränderungen auf der Tagesordnung. Wie gestalten wir Städte des langen Lebens mit immer weniger Jüngeren? Städte nutzen die notwendige Energiewende für sich, gestalten energiesparend, machen den Weg frei für erneuerbare Energien. Arbeitsplätze entstehen, Umweltbelastungen werden reduziert, Kosten minimiert. Städte übernehmen mehr Verantwortung für Bildung, lassen sich nicht mehr reduzieren auf die Rolle des Schulträgers. Baukultur, Aufwertung öffentlicher Räume und Unterstützung der Integration ihrer Bürger egal mit welchem Hintergrund.

Wie sehen Sie Ihr Engagement auf europäischer Ebene und wo sehen Sie Handlungsbedarf?

Der Ausschuss der Regionen (AdR) ist ein großartiges Lernfeld für europäische Institutionen, Regionen und Kommunen. Hier sind alle Kompetenzen, alle Erfahrungen, alles Wissen von der Basis politischer und bürgerschaftlicher Gestaltung vertreten aus vielfältigen Kulturen und mit unterschiedlichen Geschichtserfahrungen. Das ist das eine. Das andere ist: Der Vertrag von Lissabon stellt klar

und sorgt erstmals dafür, dass die Europäische Union nicht kommunalblind ist: Kommunales Selbstverwaltungsrecht wurde verankert, das Subsidiaritätsprinzip festgeschrieben, das Klagerecht des AdR bei Verstoß gegen das Selbstverwaltungsrecht eingeführt, die kommunale Daseinsvorsorge gesichert. Der AdR hat gut gearbeitet.

Das Zusammenspiel der Ebenen muss jedoch wirksam verbessert werden. Wir haben dazu im AdR ein Leitbild und Grundsätze einer neuen Multi-Level-Governance erarbeitet. Da muss Alltagsleben rein. Der entscheidende Erfolg steht noch aus. Immer noch wird viel von oben gemacht, ohne dass sich einer Gedanken über die Umsetzung an der kommunalen oder regionalen Basis macht oder gar über das Zusammenspiel der vier Ebenen, der fünf Ebenen, wenn wir die Bürgergesellschaft als eigene Ebene ansehen. Wie soll "Open Data" gelingen, wenn man die alleine lässt, die das umsetzen sollen. Öffentliche Daten zugänglich machen, heißt auch sie optimal aufzubereiten für alle. Schauen Sie nur mal auf die Anstrengungen von "Code for America" für gläserne Rathäuser. Wir brauchen hier das Zusammenführen aller Ebenen gerade für eine gelingende Umsetzung. Da müssen die Kommunen viel stärker als heute beteiligt und in der Umsetzung finanziell unterstützt werden.

Wie sehen Sie die unterschiedlichen Organisationseinheiten in Europa? Manche Staaten sind föderal, manche zentralistisch organisiert. Wie sehen Sie die Entwicklung für Europa?

Unter dem Zwang demografischer Veränderungen darf es nicht zentralistischer werden. Wir unterliegen jetzt der Gefahr zu zentralisieren - insbesondere bei rückgängigen Bevölkerungszahlen in den Flächenregionen. Ländliche Regionen hört sich negativ an. In den Flächenregionen sind oft exzellente kleine und mittlere Industrieunternehmen zu Hause. Wird nicht nur gute Forst- und Landwirtschaft gemacht, ist der soziale Zusammenhalt besonders groß.

Wir müssen aufpassen, dürfen diese Bereiche nicht zu früh aufgeben. Wenn wir Schulen hier abziehen und zentralisieren, können wir gleich an das Ortsschild ein Schild anbringen: "Familien mit Kindern unerwünscht". Das heißt nicht, dass alles so bleiben kann. Schule als Dienstleistung zu verstehen, das eröffnet neue, dezentrale Möglichkeiten.

All das, wo wir das Engagement der Menschen brauchen, wo Eigenverantwortung gefragt ist, wo wir neue gesellschaftliche Lösungen brauchen, die wir noch nicht kennen, machen wir immer besser dezentral, also kommunal und regional. Ein zentraler Staat kennt nur zentrale und damit standardisierte Leistungen. Vielfalt gewinnbringend für alle zu organisieren, das können die Kommunen. Auch sichere, saubere und nachhaltige Energien sind dezentral. Und Europa natürlich auch. Es kommt darauf an, was wir für Europa machen.